

Inhaltsverzeichnis

BO Amann verlangt sofortiges Entlastungspaket für die KMU's	Seite 2
WKÖ-VP Matthias Krenn: KMU's werden von der Regierung stiefmütterlich behandelt!.....	Seite 2
RFW-Burgenland: Sozialpolitik nicht auf den Rücken der Selbständigen austragen!.....	Seite 3
RFW-Vorarlberg: Diskussion über Lohnnebenkosten fehlt völlig!	Seite 3
RFW-OÖ: Energiepreise sind ein Fall für die Bundeswettbewerbsbehörde.....	Seite 4
RFW-Steiermark: Veranstaltung "Fairness für die Wirtschaft"	Seite 4
Jungunternehmer GR Christoph Hötzl verstärkt den RFW-Steiermark.....	Seite 4
RFW-Wien: Unterschriftenaktion gegen hohe Treibstoffpreise!	Seite 5
RFW-Wien: Selbstverwaltung JA - Selbstbedienung NEIN	Seite 5
RFW-Wien: Papamonat - warum nicht, aber keine Belastung für die Wirtschaft!.....	Seite 5
RFW-Anträge an die jeweilige Wirtschaftskammer - April bis Juni 2008	Seite 6

Wir trauern um unser Ehrenmitglied Dkfm. Georg Mautner Markhof

Wir verlieren mit ihm einen angesehenen Unternehmer, der dem RFW durch seine Erfahrungen im Bereich Wirtschaft, Politik und Journalismus mit Rat und Tat als langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes zur Seite stand. Besonders geschätzt wurde er für seine Offenheit und ehrlichen - wenn auch oft kritischen - Worte.

Seine Leistungen wurden neben Alois Mock mit der Verleihung des Burghard Breitner Preises gewürdigt. Neben vielen weiteren öffentlichen Auszeichnungen erhielt unser Georg im November 2005 auch die Ehrenmitgliedschaft des RFW-Österreich.

BO KommR Ing. Fritz Amann und WKÖ-Vizepräsident

Matthias Krenn unterstreichen mit folgenden Worten ihre Trauer: "Wer ihn gekannt hat, weiß, was wir verloren haben."

Vor allem Ehrenobmann LO KommR Helmut Haigermoser aus Salzburg trifft das Ableben schwer, denn er verliert nicht nur einen langjährigen Wegbegleiter, sondern auch einen guten Freund.

*Wir gedenken seiner mit großer Hochachtung.
Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.*



BO Amann verlangt sofortiges Entlastungspaket für die KMU's**Utl.: Teuerungswelle mindert nicht nur die Kaufkraft!**

Angesichts der völlig ausufernden Teuerungswelle braucht die Wirtschaft eine sofortige Entlastung, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, in einer Aussendung.

Amann dazu: Die explodierende Inflation mindert nicht nur die Kaufkraft, sondern auch die Investitionskraft der Betriebe. Auch notwendige Betriebsausgaben werden mehr und mehr zur Überlebensfrage, gerade der mittelständischen Wirtschaft. Als Erstmaßnahme fordere ich daher von der Regierung die volle Absetzbarkeit von betrieblich genutzten Fahrzeugen ohne Höchstgrenze, die volle Absetzbarkeit von Geschäftsessen, sowie die Änderung der Abschreibzeiten für schnelllebige Wirtschaftsgüter.

Weiters muss endlich über die Halbierung der Mehrwertsteuer für fossile Brennstoffe nachgedacht werden. Es kann nicht sein, dass die Einnahmequellen des Finanzministers sprudeln wie nie zuvor und dabei der Wirtschaft der letzte Lebenssaft entzogen wird. Wenn wir den Wirtschaftsmotor nicht abwürgen wollen, dann müssen endlich Entlastungen für den Mittelstand

her. Neben der Stärkung der Kaufkraft durch Beseitigung der kalten Progression brauchen auch die KMU's wieder Luft zum Atmen. Daher sollten die vom RFW vorgeschlagenen Maßnahmen rasch umgesetzt werden. Heute versteht niemand mehr, dass sowohl Pkws, die ein notwendiges Arbeitsmittel sind, und Arbeitessen, die der notwendigen Geschäftsanbahnung dienen, sowie Investitionen in Technik und EDV nicht voll als Betriebsausgaben absetzbar sind.

Damit könnte man Handel und Gastronomie beleben, was zu mehr Wirtschaftswachstum führt und so die Einnahmequelle des Finanzministers weiter sprudeln lässt, was der gesamten Volkswirtschaft nur nützlich ist, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 2.6.2008

**WKÖ-VP Matthias Krenn: KMU's werden von Regierung stiefmütterlich behandelt****Utl.: Die heimische Wirtschaft braucht dringend steuerliche Erleichterungen!**

„Positive Zeichen von Seiten der Regierung Richtung Wirtschaft wären für die heimischen Klein- und Mittelunternehmer dringend notwendig, damit unsere Unternehmer auch wieder positiv in die Zukunft blicken können“, so WKÖ-Vizepräsident und stellvertr. Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW), Matthias Krenn, heute als Reaktion auf die veröffentlichte Creditreform-Untersuchung.

Wie gestern verlautet wurde, brachte die Untersuchung nicht unbedingt Erfreuliches aufs wirtschaftliche Parkett: Die österreichischen mittelständischen Unternehmer sind zwar weiterhin Job-Motor Nummer eins, verlieren jedoch mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen ihren gesunden Optimismus.

„Die Wirtschaftstreibenden, die bisher immer genügend Arbeitsplätze schafften, werden von unserer rot-schwarzen Regierung weiterhin mehr als stiefmütterlich behandelt. So kann und darf das nicht weitergehen. Erleichterungen vor allem auf steuerlicher Ebene sind umgehend umzusetzen“, fordert Krenn in einer Aussendung.

Aber auch Basel II, das seit Anfang 2007 bei der Kreditvergabe angewandt wird, zeigt schon seine Auswirkungen:

„Die Befragten gaben an, dass sich nicht nur insgesamt die internationale Kreditkrise auf die Konjunktur niederschlagen wird, sondern überhaupt der Zugang zu Krediten um einiges schwieriger wurde“, so Matthias Krenn in seinen Ausführungen.

Krenn fordert die Regierung und die Sozialpartner daher auf, endlich und rasch durchgreifende Entlastungen für die heimische Wirtschaft durch- und umzusetzen, damit den Betrieben der Erfolg des Fleißes gesichert wird und damit positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt einhergehen!

OTS-Meldung, 21.5.2008



RFW-Burgenland: Sozialpolitik nicht auf den Rücken der Selbständigen austragen!**Utl.: WKÖ-VP Krenn fordert "ein Herz für Unternehmer"!**

„Die österreichische Wirtschaftspolitik ist derzeit nicht für - sondern gegen - die gewerblich Selbständigen gerichtet“, brachte es am 28. Mai 2008 in Lockenhaus der WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn bei einer Landesveranstaltung des RFW-Burgenland auf den Punkt.

VP Matthias Krenn bezeichnete die jetzt erfolgte Verbesserung bei der Pendlerpauschale und dem Kilometergeld als reine Kosmetik. Statt einer billigen Therapie sollten laut Krenn die Ursachen für die derzeitigen strukturellen Probleme der Betriebe angegangen werden und nannte dazu eine umgehende und wirksame Steuerentlastung, die vor allem die Leistungsträger zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreichs motivieren soll.

Weitere Themen bezogen sich rein auf das Bundesland Burgenland.



Hier wurde von den Teilnehmern in einer Diskussionsrunde die „Einbetonierung der Kammerzwangsmitgliedschaft durch den Verfassungsrang“, die zunehmende Abkassieren durch die Kammer, die sündteure Imagekampagne des Kammerpräsidenten Nemeth, sowie die Unfähigkeit der Kammerfunktionäre, die Wirtschaftspolitik im Burgenland zu Gunsten der Klein- und Mittelbetriebe zu beeinflussen, kritisiert.

Der Landesobmann des RFW-Burgenland, Karl Simon, forderte eine seriöse Unterstützung jener Betriebe, die Lehrlinge beschäftigen, denn das derzeitige System sei ineffizient, nachdem die betroffenen Lehrbetriebe in der Praxis kaum mehr etwas von einer finanziellen Unterstützung erhalten. Simon spricht hierbei aus persönlicher Erfahrung, denn er hat mehr als 100 Lehrlinge ausgebildet.

RFW-Burgenland, 29.5.2008

**RFW-Vorarlberg: Diskussion über Lohnnebenkosten fehlt völlig!****Utl.: LO VP Edi Fischer: Gesundheitsreform soll an Steuerreform gekoppelt werden!**

Die Diskussion über die Gesundheitsreform, ohne dabei über die Lohnnebenkosten zu reden, bringt nicht viel, so der Landesobmann des RFW-Vorarlberg, WK-Vizepräsident Ing. Edi Fischer, in einer ersten Reaktion.

Fischer dazu: „Ich frage mich, wozu die Sozialpartner gemeinsam mit der Regierung eine Gesundheitsreform einbringen und dabei das heiße Thema Senkung der Lohnnebenkosten völlig aussparen. Aus Sicht der Wirtschaft kann man die Gesundheitsreform nicht von einer notwendigen Steuerreform zur Entlastung des Faktors Arbeit abkoppeln. Abgaben und Beiträge zum Sozial- und Pensionssystem müssen auf ein vernünftiges Maß angepasst werden, damit man im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Daher braucht es eine Gesamtbetrachtung des Lohnabgabensystems inklusiver aller Lohnnebenkosten.“

Die beste Lösung wäre eine Trennung von Sozialsystem und Lohnbesteuerungssystem, wobei in Sachen Einkommenssteuer die vom RFW seit Jahren propagierte Flat-Tax am meisten Sinn machen würde.

Damit wäre nämlich sicher gestellt, dass das System auch in Zukunft erhalten werden kann, denn nur eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft kann den Wirtschaftsstandort und somit den Wohlstand für alle sichern, so der Vorarlberger Landesobmann, VP Ing. Edi Fischer.

OTS-Meldung, 3.6.2008



RFW-OÖ: Energiepreise sind ein Fall für die Bundeswettbewerbsbehörde! Utl.: NAbg. KommR Alois Gradauer: Halbierung der MwSt auf Treibstoff gefordert!

„Erst kürzlich wurde der Bericht der Bundeswettbewerbsbehörde im Wirtschaftsausschuss des Nationalrates behandelt und zur Kenntnis genommen. Ein Schicksal, das übrigens den meisten Berichten blüht, die ins Parlament kommen.“ Dies stellte der stellvertretende RFW-Landesobmann aus Oberösterreich und Bundesvorstandsmitglied, NAbg. KommR Alois Gradauer, fest.

Angesichts der mittlerweile für viele Österreicher existenzbedrohenden Energiepreise stellt Gradauer die Frage:

„Warum tut die Bundeswettbewerbsbehörde hier nichts und greift nicht ein?“

Bekräftigt hat Gradauer auch die Forderung auf Halbierung der Mehrwertsteuer auf Treibstoffe, denn etwas mehr als die Hälfte des Spritpreises machen nämlich die hohen Steuern aus, so Gradauer.



RFW-OÖ, 2. 6.2008

RFW-Steiermark: Veranstaltung „Fairness für die Wirtschaft“

Utl.: NAbg. Bernhard Themessl präsentierte das Impulsprogramm Wirtschaft

Vor großem Publikum - unter anderem dem FPÖ-Landesparteiobmann NAbg. Dr. Gerhard Kurzmann - wurden im Vortrag und der nachfolgenden lebhaften Diskussion folgende Themen behandelt:

- Vorziehung der Steuerreform
- Abschaffung der Bagatellsteuern
- Neue Wege der dualen Ausbildung
- mobiles Österreich statt Kostentreiberei
- Energiepolitik
- Besteuerung der Treibstoffe

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind der eigentliche Motor der heimischen Wirtschaft. Zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts wird von diesen Betrieben erwirtschaftet.

Das Impulsprogramm Wirtschaft mit Schwerpunkt KMU soll einen Beitrag dazu leisten, dass sich die unternehmerische Tätigkeit im Lande für kleine und mittlere Betriebe wieder lohnt und es Freude macht, Unternehmer zu sein oder zu werden.

RFW-Steiermark, 29.5.2008



Jungunternehmer GR Christoph Hötzl verstärkt den RFW-Steiermark

Utl.: Wahl zum neuen Bezirksobmann von Graz und Graz-Umgebung

Am 31. Mai 2008 fand im Beisein von Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch und Bundesgeschäftsführer Ernst Lengauer der ordentliche Bezirkstag der Bezirksgruppe Graz/Graz-Umgebung statt.

Der 33jährige Gemeinderat Christoph Hötzl wurde mit 92,3 Prozent der Stimmen zum neuen Bezirksobmann gewählt. Er ist als selbstständiger Transportunternehmer tätig und ist Gesellschafter (Beteiligung) und Prokurist eines Bauunternehmens in der Südsteiermark.

Für den neugewählten Obmann ist es vorrangig, Themen und Ziele zu definieren - wie beispielsweise die Stärkung von KMUs und EPU oder aber die Forderung und Durchsetzung von Förderungsmaßnahmen zur Neuansiedelung von Unternehmen in Graz.



RFW-Wien/Taxiverband: Unterschriftenaktion gegen hohe Treibstoffpreise!**Utl.: Unterschriftenlisten gegen den Spritpreispwucher**

"Ab 29. Mai 2008 liegen in den Wiener Taxis Unterschriftenlisten auf, wo Unternehmer, Lenker und die Fahrgäste gegen die extremen Treibstoffpreise demonstrieren können", stellt Karl Ramharter, Obmann vom Verband der österreichischen Autotaxiunternehmer und Vizepräsident der WK-Wien, diese Aktion vor. "Vor allem die Fahrgäste sollen sehen, dass wir als Beförderungsgewerbe wohl am meisten unter den hohen Treibstoffpreisen leiden müssen".

Unternehmer vom Verband der österreichischen Autotaxiunternehmer werden morgen auf den Standplätzen in Wien die Unterschriftenlisten austeilen und die Kolleginnen und Kollegen um Unterstützung ersuchen. Es geht bei dieser Aktion auch darum, der breiten Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass manche Unternehmer von der Preisexplosion beim Treibstoff ganz besonders betroffen sind. Um 10.00 Uhr wird der Obmann des Taxiverbandes Karl Ramharter beim Standplatz vor dem Cafe Prückl am Stubenring selbst den Kolleginnen und Kollegen Unterschriftenlisten übergeben.

"Die Wiener Taxiunternehmer sind ein wesentlicher Bestandteil für den öffentlichen Verkehr in Wien. Gerade dort, wo die Öffis nicht hinkommen oder nicht mehr fahren, ist das Taxi immer parat" führt Ramharter weiter aus.

"Auch beim Transport von kranken und gebrechlichen Menschen leisten die Taxis einen wichtigen Beitrag. Mit unserer Aktion wollen wir darauf hinweisen, dass die Schmerzgrenze der Belastungen nun endgültig überschritten wurde. Gerne laden wir auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern ein, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Nach etwa zwei Wochen werden die gesammelten Unterschriften den zuständigen Politikern übergeben", schloss Ramharter.



OTS-Meldung, 28.5.2008

RFW-Wien: Selbstverwaltung JA - Selbstbedienung NEIN**Utl.: Die Selbstverwaltung muss zu der ursprünglichen Idee zurückgeführt werden!**

"Die Einführung der Selbstverwaltung der Krankenkassen nach dem Krieg hatte durchaus positive Aspekte", hält Karl Ramharter, Vizepräsident der Wiener Wirtschaftskammer zu der Aussendung FCG fest. "So war die Zusammensetzung der Gremien der Selbstverwaltung nach dem Prinzip der Aufbringung der Geldmittel festgesetzt!" Das bedeutete, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer etwa gleichmäßig vertreten waren. Irgendwann wurde die Parität dann zu Gunsten der Arbeitnehmer verändert. Das Argument, dass die Nutznießer des Systems auch darüber entscheiden sollten, war allerdings genauso falsch wie heute.

Jedenfalls wird die Selbstverwaltung heute wie eine Selbstbedienung gesehen. Die Zeche zahlen ja ohnehin die nur noch rudimentär vertretenen Unternehmer. Eigentlich logisch, denn fremdes Geld gibt man einfach leichter aus, als jenes, das man selbst erst verdienen muss. "Daher kann der Forderung nach einer Verfassungsbestimmung für die Selbstverwaltung nur dann zugestimmt werden, wenn auch die Arbeitgeber wieder so vertreten sind, wie es eigentlich sein müsste. Und zwar danach, wer die Gelder, über die die Selbstverwaltung bestimmt, aufbringt", schloss Ramharter.

OTS-Meldung, 21.5.2008

RFW-Wien: Papamonat - warum nicht, aber.....**Utl.: Die Wirtschaft darf allerdings nicht mit den Kosten dafür belastet werden!**

"Die Einführung eines Papamonates wird von uns durchaus positiv gesehen", hält Karl Ramharter, Vizepräsident der Wiener Wirtschaftskammer zu den Diskussionen der letzten Monate zu diesem Thema fest. "Zufriedene und dadurch besser motivierte Mitarbeiter sind auch für Unternehmer ein Vorteil!" Es darf nur nicht dazu kommen, dass die Wirtschaft mit zusätzlichen Kosten belastet wird. Wenn die Kosten dafür z.B. vom Sozialministerium übernommen werden, sollte über die Einführung des Papamonates ein Konsens möglich sein. Bekanntlich liegt aber der Teufel im Detail. Bei allfälligen Verhandlungen über diesen zusätzlichen Urlaub für Jungväter muss jedenfalls klar sein, dass es

- auch über Umwege - zu keiner Erhöhung der Lohnkosten bzw. Lohnnebenkosten kommt.

"Die Wirtschaft ist gegenüber Ideen, die Mitarbeiter motivieren und das Arbeitsklima verbessern immer aufgeschlossen", so Ramharter weiter. "Es wurde aber in der Vergangenheit leider meist übersehen, dass jemand diese Ideen auch bezahlen muss. Und das können nicht die Unternehmer sein. Das von den Arbeitnehmervertretern stets gebrachte Argument der angeblich so niedrigen Lohnstückkosten hat zu der kleinstrukturierten österreichischen Wirtschaft ohnehin keinen Bezug", schloss Ramharter.

OTS-Meldung, 21.5.2008

RFW-Anträge an die jeweilige Wirtschaftskammer April - Juni 2008

- RFW-Burgenland:** kein Antrag
- RFW-Kärnten:**
- Investitionsfreibetrag
 - Kleinstgewerbeförderung
 - Notfallfonds
- RFW-Niederösterreich:** kein Wirtschaftsparlament
- RFW-Oberösterreich:**
- Ausbau der Innkreisautobahn
 - Keine neuen Steuern mehr
 - Legalisierung des kleinen Glückspiels
 - Urlaubsverbrauch
- RFW-Salzburg:**
- Anmeldebescheinigung
 - Urlaubskonsumation während der Freistellung
 - Vermögenszuwachssteuer
- RFW-Steiermark:**
- Absenkung der Leitzinsen
 - Reduzierung der Mineralölsteuer
 - Vermögenszuwachssteuer
- RFW-Tirol:**
- Entgeltfortzahlung - Kontrolle der Krankenstände
- RFW-Vorarlberg:** kein Wirtschaftsparlament
- RFW-Wien:**
- Lehrlingsausbildung
 - Meisterprüfungen
 - Lebensmittelkontrolle
 - Mehr Präsenz der Polizei
 - Maßnahmen gegen pauschale Verurteilung von Wirtschaftstreibenden durch die Medien

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at
Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?
Rückfragen an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16

